

BUNDESLÄNDER IM VERGLEICH

Freie Hansestadt Bremen



Politik

In Bremen gibt es keine Karenzzeit für Senatoren, wenn sie nach ihrem Ausscheiden aus dem Amt Tätigkeiten übernehmen, die einen Bezug zu ihrer früheren Tätigkeit im Amt haben. Es gibt keine Offenlegungspflicht für Nebeneinkünfte der Abgeordneten der Bremischen Bürgerschaft.

Allgemeine Verwaltung

Der Senat hat in den Jahren 2000 und 2001 Verwaltungsvorschriften zur Vermeidung und Bekämpfung von Korruption in der öffentlichen Verwaltung und zur Annahme von Belohnungen und Geschenken verabschiedet. Die Geschenkeverordnung vom Januar 2001 ist noch in Kraft. Eine novellierte Korruptionsbekämpfungsvorschrift ist im März 2013 in Kraft getreten. Schwerpunkte sind die Verpflichtung zur Risikoanalyse/Gefährdungsatlas, Sensibilisierung der Bediensteten, verbindlicher Verhaltenskodex, Aus- und Fortbildung, Begrenzung der Verwendungszeiten (Rotation), besondere Kontrollmechanismen und Formstrenge, Transparenz und Rechtssicherheit. 2007 wurde die Zentrale Antikorruptionsstelle (ZAKS) als zentrale Stelle für die koordinierte Antikorruptionsarbeit in Bremen beim Senator für Inneres und Sport gegründet. Diese ist zuständig für Auswertung und Analyse, die Erstellung von Lagebildern und die Weiterentwicklung von Präventions- und Ermittlungsstrategien. Die Senatsverwaltungen verfügen über Antikorruptionsbeauftragte in Stabsstellenfunktion. Die Innenrevisionen haben eine besondere Aufgabe bei der Antikorruptionsarbeit. Im Antikorruptionsrat, der aus dem Leiter der ZAKS, den Antikorruptionsbeauftragten der Ressorts und einem Vertreter der Staatsanwaltschaft besteht, werden die Aktivitäten gebündelt.

Seit Juli 2008 gilt für die Annahme und Verwendung von Beiträgen aus Sponsoring, Werbung, Spenden und mäzenatischen Schenkungen zur Finanzierung öffentlichen Aufgaben eine besondere Verwaltungsvorschrift. Im Juli 2011 wurde bei der Finanzverwaltung ein Korruptionsregister eingeführt, wo die Eintragungen ins Register vorgenommen werden.

Informationsfreiheit

In Bremen gibt es seit 2006 ein Informationsfreiheitsgesetz (BremIFG, Novellierung 2011). Ebenso hat das Land Bremen eine Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit. Veröffentlichungspflichten der Verwaltung bestehen – seit 2011 auch auf Privatisierungsverträge –, Bürgerinnen und Bürger haben allerdings keinen verwaltungsgerichtlich durchsetzbaren Anspruch auf eine Veröffentlichung.

Bevölkerung:	654.581 (Stand 1. Juli 2013)
Regierende Parteien:	SPD und Bündnis 90/Die Grünen
Sitzverteilung im Abgeordnetenhaus:	SPD (35), Bündnis 90/Die Grünen (21), CDU (20), Linke (5), BIW (2)
Nächste Wahl:	2015
Regionalgruppe:	Bremen
Mitglieder:	25 (Stand 1. Januar 2014)

Das Bremer Bündnis für Informationsfreiheit und Transparenz, bestehend aus Transparency Deutschland e.V., der Humanistischen Union und Mehr Demokratie e.V., hat im August 2013 einen Entwurf für ein novelliertes Informationsfreiheitsgesetz vorgelegt.

Vergabe

Die Wertgrenzerlasse im Vergabewesen nach Konjunkturpaket II sind in Bremen ausgelaufen. Seit dem 2. März 2013 gelten dort Wertgrenzen für die Auftragsvergaben nach der VOB/A und der VOL/A. Beschränkte Ausschreibungen der Beschaffungsstellen des Landes sind im Bereich der VOL/A bis 40.000 Euro und im Bereich der VOB/A bis 50.000 Euro für Ausbaugewerke, Landschaftsbau und Straßenausstattung, bis 150.000 Euro für Tief-, Verkehrswege- oder Ingenieurbau und bis 100.000 Euro für sonstige Gewerke möglich. Freihändige Vergaben sind in beiden Bereichen bis 10.000 Euro möglich. Der Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa führt ein Register über Unternehmen, die von der Vergabe öffentlicher Aufträge ausgeschlossen sind. Die Abfrage des Registers steht bei Aufträgen mit einem Auftragswert von weniger als 10.000 Euro im Ermessen des öffentlichen Auftraggebers.

Hinweisgeber

Wer Hinweise auf Korruptionsdelikte geben möchte, kann sich direkt an die Bremer Strafverfolgungsbehörden wenden oder unter Wahrung seiner Anonymität auf die webbasierte Kommunikationsplattform des niedersächsischen Landeskriminalamtes zurückgreifen.

Strafverfolgung

Eine Schwerpunktstaatsanwaltschaft für Korruptionsdelikte gibt es in Bremen nicht. Bei der Staatsanwaltschaft und bei der Polizei sind spezielle Dezernate angesiedelt: Bei der Staatsanwaltschaft ist die Abteilung 3 für die Korruptionsbekämpfung zuständig. Bei der Polizei Bremen ist das Sachgebiet K 56 der Wirtschaftsabteilung für die Verfolgung von Korruptionsdelikten zuständig.

Zivilgesellschaft

6 Organisationen (Stand 1. Januar 2014) mit Sitz in Bremen beteiligen sich an der Initiative Transparente Zivilgesellschaft.
Elisabeth Kahler und Dr. Gisela Rüb |